

Rechtsruck in Chile: Beginn einer neuen politischen Ära?

Kaltwasser, Cristóbal Rovira

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kaltwasser, C. R. (2010). *Rechtsruck in Chile: Beginn einer neuen politischen Ära?* (GIGA Focus Lateinamerika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276419>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Rechtsruck in Chile: Beginn einer neuen politischen Ära?

Cristóbal Rovira Kaltwasser

Am 17. Januar dieses Jahres setzte sich in Chile der Herausforderer der Rechten, Sebastián Piñera, bei einer Stichwahl im Rennen um die Präsidentschaft gegen den Vertreter der bisher regierenden Mitte-Links-Koalition, Eduardo Frei, durch. Die Wahl des konservativen Unternehmers markiert für viele Beobachter den Beginn einer neuen politischen Ära. Seit mehr als 50 Jahren gab es in Chile keine demokratische Regierung der Rechten mehr und – entscheidender noch – die weitere Entwicklung des Mitte-Links-Bündnisses ist ungewiss.

Analyse

Obwohl Chiles neuer Präsident die Leitlinien der vorigen Regierungen nicht ändern wird, kommt sein Wahlerfolg einer großen Wende für das Land gleich:

- Die Wahl Piñeras steht für die Konsolidierung einer liberalen Rechten.
- Das Verhältnis der neuen Regierung zu Pinochets Diktatur und zu den Interessen des Unternehmertums kann zu innergesellschaftlichen Konflikten führen.
- Es besteht das Risiko, dass sich die Beziehungen zu den linken Regierungen Lateinamerikas verschlechtern werden.
- Wenngleich die ökonomischen Prognosen positiv sind, ist doch ungewiss, ob die neue Regierung ihre Wahlversprechen einhalten kann.

Schlagwörter: Chile, Wahl, Sebastián Piñera, rechte Parteien

1. Piñeras politisches Projekt

Sebastián Piñera Echeñique ist mitnichten ein politischer Außenseiter, sondern eine bekannte Figur, die seit langem für ein Anliegen kämpft: die Etablierung einer *liberalen* Rechten, die sich sowohl von der Diktatur distanziert als auch zur politischen Mitte bewegt. In der Tat hatte sich Piñera dieses Ziel schon Ende der 1980er Jahre gesetzt. Damals war er aus der Partido Demócrata Cristiano (PDC) ausgetreten und zur Renovación Nacional (RN) gewechselt, um sein politisches Projekt voranzutreiben. Im Plebiszit 1988, bei dem über Pinochets Verbleib im Amt für weitere zehn Jahre abgestimmt wurde, hatte er gegen den Diktator votiert. Die darauffolgenden Wahlen initiierten die Wiederkehr zur Demokratie in Chile. Piñera wurde damals Senator der chilenischen Hauptstadt Santiago und profilierte sich in dieser Funktion fortan als geschickter Vermittler zwischen Regierung und Opposition.

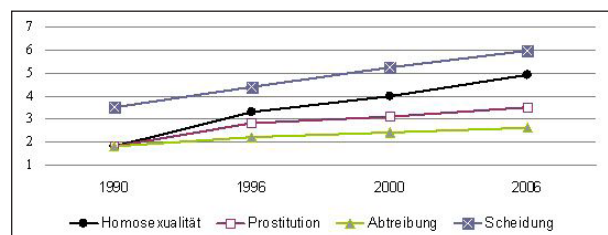
Allerdings wurde Piñera bald deutlich, dass es noch zu früh war, um sein Projekt zu realisieren. Die Wiederkehr zur Demokratie war durch Pinochets Figur gekennzeichnet, weil der Diktator – zuerst als Oberbefehlshaber der Armee und danach als Senator auf Lebenszeit – große Spielräume besaß, um die politische Agenda zu bestimmen. Unter der Ägide Pinochets gab es wenig Aussicht auf die Formierung einer *anderen* Rechten und insofern spielte die RN eine untergeordnete Rolle. Stattdessen dominierte die Unión Demócrata Independiente (UDI) das rechte Lager. Die UDI preiste das positive Erbe der Diktatur – die ökonomische Modernisierung des Landes – und verteidigte traditionelle Werte. Ihre Ideologie ist bis heute durch eine Verquickung von ökonomischem Liberalismus und moralischem Konservatismus gekennzeichnet.

Piñera bewarb sich 1994 um die Kandidatur der Rechten für die Präsidentschaftswahlen, konnte sich allerdings nicht durchsetzen.¹ Trotzdem blieb er po-

¹ Hierfür war hauptsächlich die sogenannte Piñeragate-Affäre verantwortlich. Piñera nahm 1992 an einem Fernsehprogramm teil, in dem Ricardo Claro (ein bekannter Großunternehmer und öffentlicher Unterstützer des Pinochetregimes) ein Telefongespräch zwischen Sebastián Piñera und einem Freund offenlegte. Es handelte sich um einen Dialog, in dem Piñera sagte, dass eine Parteikollegin, Evelyn Matthei, an der Kandidatur für die Abgeordnetenkammer gehindert werden sollte. Der Skandal kostete Piñera die Chance, 1994 Präsidentschaftskandidat zu werden. Allerdings bestätigten spätere Untersuchungen sowohl, dass das Telefongespräch vom Geheimdienst des Militärs aufgenommen worden als auch, dass dessen Bekanntmachung eine dezidierte Strategie bestimmter Sektoren des ehemaligen autoritären Regimes war, um die Entstehung einer liberalen und gegen Pinochet gerichteten Rechten zu verhindern (Cavallo 1999: 171-182). Letztlich führte dieses Ereignis auf lange Sicht zu einer Stärkung des demokratischen Vorhabens Piñeras, weil er sich dadurch – ebenso wie die Vertreter der Mitte-Links-Parteien – als Herausforderer der Verteidiger der Diktatur etablieren konnte.

litisch aktiv und versuchte 1999 erneut, Präsidentschaftskandidat zu werden – allerdings ohne Erfolg, da die Umfragen zeigten, dass der Bewerber der UDI, Joaquín Lavín, bessere Chancen auf einen Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen hatte. Lavín verfehlte sein Ziel dann auch nur knapp und erzielte in der Stichwahl gegen den Sozialisten Ricardo Lagos fast 49 Prozent der Stimmen. Im Anschluss an diese Niederlage wurde Piñera Vorsitzender seiner Partei (RN) und bemühte sich in dieser Funktion um eine Wende zur Mitte. Dabei stellte er fest, dass sich die Wertvorstellungen in der chilenischen Gesellschaft inzwischen geändert hatten und nun Platz für eine liberale Rechte im politischen und gesellschaftlichen Spektrum entstanden war.

Abbildung 1: „Können Sie mir bitte für jede der folgenden Handlungen sagen, ob Sie diese für ‚unter gar keinen Umständen in Ordnung‘ (1), für ‚in jedem Fall in Ordnung‘ (10) oder für irgendetwas dazwischen halten?“



Quelle: World Values Survey.

Wie die Daten des World Values Survey zeigen, hat in Chile seit den 1990er Jahren eine moralische Liberalisierung stattgefunden. Diese erklärt sich zum Teil durch die Wiederkehr der Demokratie und die allmähliche Gewinnung von mehr Freiheiten. Zum anderen hat das kontinuierliche Wirtschaftswachstum des Landes eine Wendung zum „Postmaterialismus“ (Inglehart und Wenzel 2005) veranlasst, die Menschen entwickeln in zunehmendem Maße nicht nur immer mehr Interessen jenseits ihrer existenziellen Bedürfnisse, sondern streben auch eine verstärkte Individualisierung an. Diese Transformation der chilenischen Gesellschaft bot Piñera eine günstige Gelegenheit für die Umsetzung seines Projekts. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 bekam er 26 Prozent der Stimmen, während der Kandidat der UDI (Joaquín Lavín) 23 Prozent und die Sozialistin Michelle Bachelet 46 Prozent der Stimmen erhielten. Zwar gewann Bachelet die Stichwahlen klar, aber das Wahlergebnis demonstrierte auch, dass in Zukunft eine liberale Rechte bessere Chancen als eine konservative Rechte haben würde.

2. Die Erschöpfung der *Concertación*

Unter Pinochets Diktatur hatte eine langsame Annäherung zwischen den Parteien der Mitte und der Linken stattgefunden. Dieser Prozess trug zur Entstehung des politischen Bündnisses der *Concertación* bei, das sich aus vier Parteien zusammensetzt: PDC, Partido Radical Socialdemócrata (PRSD), Partido por la Democracia (PPD) und Partido Socialista (PS). Zweifelsohne ist die Geschichte dieses Bündnisses eine Erfolgsgeschichte. Es stellte vier Präsidenten in Folge – Patricio Aylwin (PDC), Eduardo Frei (PDC), Ricardo Lagos (PS) und Michelle Bachelet (PS) – und während dieser Zeit hat sich Chile rasch entwickelt: Zwischen 1990 und 2007 ist das Armutsniveau von 38 auf 13 Prozent der Bevölkerung gesunken, das Brutto sozialprodukt pro Jahr um durchschnittlich 5,6 Prozent gewachsen (PNUD 2009: 29).

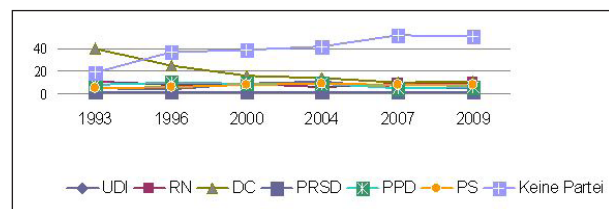
Nichtsdestoweniger gab es mehrere Anzeichen, die auf eine Erschöpfung des Bündnisses hindeuteten, wie zum Beispiel die auf politischer Loyalität und nicht auf Meriten basierende Verteilung etlicher Posten, die schwierige Gewinnung neuer Wähler sowie die geringe und häufig konfliktreiche Erneuerung des politischen Personals. Wenngleich die Regierungen der *Concertación* in einige Korruptionsskandale verwickelt waren, wiesen sie keine strukturellen Zeichen von Nepotismus auf; laut Transparency International wird Chile als vergleichsweise wenig korruptes Land eingestuft (Rang 23 der am wenigsten korrupten Länder der Welt).

Einerseits spricht vieles dafür, dass ein dauerhafter Verbleib der immer gleichen Eliten an der Macht schädlich für eine Demokratie ist. Das Fehlen von Machtwechseln begünstigt die Entstehung eines Systems von Privilegien und behindert sowohl Innovationen als auch die Durchführung notwendiger Reformen. Andererseits hat sich die chilenische Demokratie weiter entwickelt und dadurch entstand ein für konsolidierte Demokratien des Westens typisches Problem: Während politische Parteien ursprünglich das absolute Privileg zur Ausübung politischer Repräsentation hatten, erfolgt diese heute immer mehr durch Umfragen, die Massenmedien und die Zivilgesellschaft (Mair 2006). Tatsächlich zeigen die Daten im Falle Chiles, dass sich die Wählerschaft immer weniger durch irgendeine politische Partei vertreten fühlt; ein Trend, der die Christdemokraten besonders getroffen hat.

Michelle Bachelet war eine der ersten Figuren, die die Notwendigkeit erkannte, neue Kanäle zwischen Gesellschaft und Politik zu etablieren. Damals

wurde sie nicht dank der Parteien, sondern dank der Medien und der Umfragen zur Kandidatin der *Concertación*. Außerdem versprach sie einen neuen politischen Stil und einen direkteren Draht zur Zivilgesellschaft. Obwohl sie davon wenig während ihrer Regierung umgesetzt hat, genoss sie große Zustimmungsqoten – insbesondere durch ihre Fähigkeit, sich als Präsidentin des gesamten Volkes zu positionieren, sowie durch ihre Distanzierung von den alltäglichen Kämpfen der politischen Parteien. Dies ist sicherlich einer der Gründe, warum sich die enorme Popularität Bachelets bei der Präsidentschaftswahl 2009/2010 nicht auf die Kandidaten der *Concertación* übertragen ließ.

Abbildung 2: „Mit welcher der folgenden Parteien identifizieren Sie sich am meisten?“ (% der chilenischen Bevölkerung)



Quelle: Centro de Estudios Públicos (CEP).

Dennoch lässt sich keine stabile Regierung ohne Parteien bilden. Und je mehr sich Bachelet von den Parteien zu distanzieren versuchte, desto mehr Druck übten diese auf die Präsidentin und ihre Regierung aus. Während ihrer Amtszeit wurde die Verabschiedung von Gesetzen im Parlament schwieriger und etliche Akteure traten aus der *Concertación* aus. Anlässlich der Bestimmung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten spitzte sich die Lage innerhalb des Regierungsbündnisses zu. Anstatt eine Verjüngung der Allianz zu fördern, rangen die alten Eliten der Parteien um ihre Positionen. Innerhalb der Sozialisten kam es zu einem Machtkampf zwischen Ex-Präsident Ricardo Lagos und José Miguel Insulza, dem aktuellen Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Letztlich konnte sich ein dritter Kandidat, der ehemalige Präsident Eduardo Frei, durchsetzen, obwohl mehrere Gruppen für eine offene Vorwahl (*primarias abiertas*) plädiert hatten – ein Verfahren, das schon zuvor bei der Auswahl von Präsidentschaftskandidaten der *Concertación* angewendet worden war. Bachelet beteiligte sich nicht an dem Machtkampf innerhalb der *Concertación*, weil eine direkte Wiederwahl des Staatsoberhauptes durch die chilenische Verfassung

ausgeschlossen ist. Erst in den darauf folgenden Präsidentschaftswahlen ist eine erneute Kandidatur möglich und demgemäß war sie nicht gewillt, zum jetzigen Zeitpunkt ihr politisches Kapital aufs Spiel setzen.

Die Nominierung von Frei zum Präsidentschaftskandidaten der *Concertación* vermittelte einen Pakt zwischen den Partieliten erwies sich bald als großer Fehler. Marco Enríquez-Ominami – ein junger und charismatischer Abgeordneter der Sozialisten – trat aus der *Concertación* aus und positionierte sich als Kandidat der Erneuerung. Daneben verließ auch Jorge Arrate – ein ehemaliger Minister der Regierung Aylwíns und ebenso Sozialist – die *Concertación* und kandidierte mit dem Rückhalt der Kommunisten. Kurz gesagt: Während sich die Mitte-Links-Koalition auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen konnte, bildeten die beiden rechten Parteien das Bündnis *Coalición por el cambio* und schlossen sich hinter Piñera zusammen. Dies stellt ein Novum dar, nachdem die chilenische Rechte traditionell durch die Spaltung in ein liberales und ein konservatives Lager charakterisiert war (Correa 2005).

3. Der Wahlkampf: Persönlichkeiten statt Parteien

Von Anfang galt Piñera als Favorit in den Umfragen. Dennoch gab es eine große Anzahl unentschlossener Wähler und mit der Kandidatur von Enríquez-Ominami gewann der Wahlkampf erheblich an Dynamik. Enríquez-Ominami konnte seine Gegner als Akteure der Vergangenheit kritisieren und sich als Repräsentant der jüngeren Generationen profilieren. Außerdem setzte er neue Themen auf die Agenda, wie zum Beispiel die Umsetzung einer progressiven Steuerreform und die Einführung von Verfahren direkter Demokratie. Während Frei nicht ausreichend Rückhalt in der *Concertación* gewinnen konnte, bekam Enríquez-Ominami immer mehr Zustimmung in den Umfragen. Allerdings konnte auch er sich nicht gegen den klugen Wahlkampf Piñeras durchsetzen, in welchem dieser deutlich aufzeigte, dass sein Projekt einen liberalen Kern beinhaltet. So befürwortete er beispielsweise die Inklusion von Homosexuellen und distanzierte sich eindeutig vom Pinochetregime. Zwar würdigte er wichtige Erfolge der *Concertación*, aber zugleich betonte er, dass die Zeit für einen Machtwechsel gekommen sei. Darüber hinaus folgte er der Demoskopie und adressierte in seinen öffentlichen Auftritten immer wieder die zwei für die chilenische Gesellschaft

wichtigsten Herausforderungen: Arbeitslosigkeit und Kriminalität.

In seinem Wahlkampf haben sich aber auch zwei Schwächen Piñeras gezeigt, die ein ständiges Problem für seine Regierung sein könnten. Zum einen ist er im Bund mit einer konservativen und teilweise autoritären Rechten. Die UDI verteidigt nach wie vor Pinochets Diktatur und manche ihrer Mitglieder haben noch für die autoritäre Regierung gearbeitet. Insofern hängt der Erfolg Piñeras zu einem gewissen Grad von der effektiven Zählung bzw. Ausklammerung der UDI ab. Zum anderen steht der neu gewählte Präsident einem Wirtschaftsimperium vor. Als einer der reichsten Männer Lateinamerikas besitzt er beispielsweise Aktien der Fluggesellschaft LAN und einen Fernsehkanal, darüber hinaus betreibt er Immobiliengeschäfte und investiert in vielen anderen Branchen. Um dem Problem möglicher Interessenskonflikte zu begegnen, hat er während des Wahlkampfes die Errichtung eines sogenannten *blind trust* angekündigt, d.h. die Etablierung eines Vermögensverwalters, der sein Kapital in anonymer Weise weiterführt, so dass der Präsident nicht weiß, wo sein Geld investiert wird. Gewiss wird er sein Versprechen halten, aber dennoch könnte seine Nähe zum Unternehmertum sowie die Enthüllung der Geschichte seines ökonomischen Aufstiegs eine Quelle für Skandale werden.

Bemerkenswert ist, dass der Wahlkampf einen Trend bestätigt hat, der schon bei den vorherigen Wahlen beobachtet werden konnte: Die Bevölkerung hat weniger für Parteien, sondern vielmehr für Persönlichkeiten votiert. In der Tat hat sich die Wählerschaft für Enríquez-Ominami interessiert, weil er einen Teil des Linksspektrums repräsentiert, der gegen das parteipolitische Establishment agiert. Dahingegen hatte sich Piñera als Kandidat der Mitte und der ganzen Gesellschaft präsentiert, der – in Anlehnung an Nicolas Sarkozy – ein Kabinett mit Personen aus *allen* Parteien als auch *jenseits* der Parteien versprach. Infolgedessen hatte Frei nach dem ersten Wahlgang versucht, sich von den Parteien zu distanzieren und jüngere Gesichter zu gewinnen. Diese Wende kam jedoch viel zu spät. Zudem hatte Enríquez-Ominami erst kurz vor der Stichwahl und nur zögerlich angekündigt, dass er für Frei stimmen wird. Die Ergebnisse der Wahlen zeigen, dass die drei Mitte-Links-Kandidaten zusammen eine Mehrheit im ersten Wahlgang erzielten. Weitere Analysen (Pardo Escámez 2010) beweisen jedoch, dass sich etwa ein Drittel der Anhänger von Enríquez-Ominami in der Stichwahl für Piñera entschieden hat.

Tabelle 1: Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2009/2010 in Chile (in %)

Kandidaten	Dezember 2009 (erster Wahlgang)	Kandidaten	Januar 2010 (Stichwahl)
Jorge Arrate M.	6,21	Eduardo Frei R.	48,39
Marco Enríquez-Ominami G.	20,13	Sebastián Piñera E.	51,60
Eduardo Frei R.	29,60		
Sebastián Piñera E.	44,05		

Quelle: <www.elecciones.gov.cl>

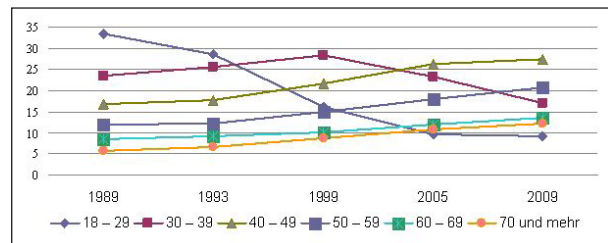
4. Die Zukunft der *Concertación*: Erneuerung oder Fragmentierung?

Noch ist es zu früh, um eine seriöse Aussage über die weitere Entwicklung der *Concertación* zu treffen. Dennoch lassen sich zumindest vier Quellen eines Machtkampfes identifizieren. Erstens: Die jüngeren Generationen werden zu Recht um eine Erneuerung der Parteien und die Einführung neuer Ideen ringen. Zweitens: Obwohl eine Erneuerung des politischen Personals zu erwarten ist, werden alte Figuren wie zum Beispiel Frei, Lagos und vor allem Bachelet eine große Rolle spielen. Drittens: Piñera wird versuchen, nicht nur talentierte Akteure der *Concertación* für sich zu gewinnen, sondern auch eine Spaltung des Mitte-Links-Bündnisses herbeizuführen. Viertens: Die weiteren Schritte von Enríquez-Ominami sind entscheidend für die Zukunft der *Concertación*. Er hat die Formierung einer neuen politischen Bewegung angekündigt, die die „progressiven“ Kräfte des Landes repräsentieren soll.

Theoretisch lassen sich zwei Szenarien entwerfen: Entweder die *Concertación* schafft es, sich zu regenerieren und ein neues Mitte-Links-Projekt zu entwickeln, welches die Bedürfnisse der heutigen chilenischen Gesellschaft repräsentiert. Dafür müsste das Bündnis neue Kooperationsformen mit der Zivilgesellschaft ausbilden, die existierenden Parteien müssten sich modernisieren und ein attraktives Programm erstellen. Dies wird sich ohne die Unterstützung von Enríquez-Ominami und anderer, von der *Concertación* enttäuschter Akteure nicht realisieren lassen. Oder das Bündnis splittert sich in eine eindeutige politische Mitte und eine Linke auf. Dieses Szenario ist nur dann wahrschein-

lich, wenn sich ein Großteil der Christdemokraten durch das Projekt von Piñera angesprochen fühlt. Freilich hat Piñera schon versucht, in diese Kerbe zu schlagen, indem er für eine Revitalisierung der *democracia de los acuerdos* plädierte – ein Modell der Konsensbildung im Parlament, das unter der Regierung Aylwins benutzt wurde, um die RN dazu zu bewegen, Reformen der Regierung zu unterstützen und sich von der UDI zu distanzieren. Piñera hofft nun, dass die Christdemokraten verschiedene Gesetze im Parlament verabschieden, um dadurch sich von den linken Parteien stärker zu unterscheiden und mehr eigenes Profil zu gewinnen.

Abbildung 3: Zusammensetzung der chilenischen Wählerschaft nach Alterskohorten (in %)



Quelle: Servicio Electoral.

Ein zusätzlicher Faktor, der die Zukunft der *Concertación* sowie der *Coalición por el cambio* bestimmen wird, ist die vor Kurzem bewilligte Veränderung des Wahlgesetzes. Diese ist von großer Bedeutung, da sich Volljährige bis dato zunächst in das Wahlregister einschreiben mussten, um – bei bestehender Wahlpflicht – an den Urnengängen teilnehmen zu können. Dieses System wurde durch Pinochet mit dem Ziel in die Verfassung eingeführt, die politische Beteiligung des Volkes zu behindern. Während sich am Anfang der 1990er Jahre fast die ganze Bevölkerung registrierte, um ihre Stimme abgeben zu können, gehen heute die 18- bis 29-Jährigen kaum zur Wahl. Die chilenische Wählerschaft zeichnet sich geradezu durch eine geringe Beteiligung aus: Bei den letzten Präsidentschaftswahlen haben ungefähr acht Millionen Personen gewählt, obwohl ca. zwölf Millionen Volljährige in Chile leben. Diese vier Millionen Bürger – vor allem Jugendliche –, die bisher nicht gewählt haben, werden ab dem Jahr 2012 ohne sich registrieren lassen zu müssen, aber auch ohne damit einer Wahlpflicht zu unterliegen, abstimmen dürfen. Die eventuelle Teilnahme dieser Wähler bedeutet einen starken Anreiz für die Parteien, sich zu erneuern. Allerdings werden diese Wähler nur partizipieren, wenn tatsäch-

lich neue Angebote entwickelt werden und die Wahlprogramme die Interessen einer sich verändernden Gesellschaft repräsentieren.

5. Die Herausforderungen der Regierung Piñera

Die Hauptforderung in Piñeras Wahlkampf war der Machtwechsel. Dieser wird am 11. März 2010 durch die Regierungsübergabe realisiert. Dennoch beinhaltet Piñeras Programm eine Reihe weiterer Wahlversprechen, die nicht einfach zu umzusetzen sein werden. Unter anderem hat Piñera die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen angekündigt. Die Wirtschaftsprognosen sehen Chile in den nächsten zwei Jahren ein Wachstum von 4-5 Prozent erreichen, aber sie sagen ebenso voraus, dass die Arbeitslosigkeit nur langsam zurückgehen wird. Darüber hinaus hat Piñera während des Wahlkampfes immer wieder betont, dass er die Kriminalität verstärkt bekämpfen will. Allerdings ist das Problem der inneren Sicherheit in Chile mehr ein mediales Konstrukt denn eine tatsächliche Herausforderung; das generelle Kriminalitätsniveau ist vergleichsweise gering. Eine Politik zu implementieren, die ein *Gefühl der Sicherheit* schafft, wird keine einfache Aufgabe sein.

Jenseits der Wahlversprechen wird die Beziehung zwischen RN und UDI eine der größten Schwierigkeiten der neuen Regierung darstellen. Beide Parteien plädieren für den freien Markt, aber unterscheiden sich hinsichtlich moralischer Fragen. Problematischer noch ist das Verhältnis zum Pinochetregime, zumal viele Mitglieder der UDI für die autoritäre Regierung gearbeitet haben. Infolgedessen könnte die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit an Brisanz gewinnen, und es ist nicht auszuschließen, dass die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie eine noch größere öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Hinzu kommt, dass sowohl die exzessive Macht der politischen Parteien als auch das existierende Wahlsystem die Qualität der chilenischen Demokratie unterminieren (PNUD 2004; Siavelis 2009). Dennoch gibt es kaum Indizien, die auf eine Behebung dieses Mankos durch die Regierung von Piñera hindeuten.

Was das lateinamerikanische Umfeld betrifft, ist die gegenwärtige Lage wenig vielversprechend für die neue Regierung. In den letzten Jahren hat ein Linksruck in Lateinamerika stattgefunden, so dass Piñera – mit der Ausnahme von Álvaro Uribe in Kolumbien und Felipe Calderón in Mexiko – wenig

Alliierte in der Region finden wird. Besonders problematisch könnte das Verhältnis zu Bolivien werden. Bolivien reklamiert den im Salpeterkrieg (1879-1884) an Chile verlorenen Zugang zum Pazifischen Ozean für sich und die Regierung von Evo Morales grenzt sich deutlich von Piñeras Projekt ab. Ebenso problematisch könnten die Beziehungen zu Venezuela werden. Hugo Chávez verfügt über keine Gemeinsamkeiten und Kommunikationskanäle mit der neuen Regierung. Zudem hat das venezolanische Staatsoberhaupt bereits öffentlich bekundet, dass er mit Piñeras Aufstieg nicht sympathisiert.

Der lateinamerikanische Linksruck ist eine Reaktion auf die wachsende Delegitimierung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik aufgrund deren eklatanter Misserfolge. Davon ist auch Chile betroffen, denn trotz kontinuierlichen Wachstums besteht die schockierende soziale Ungleichheit im Land weiter. An der Einkommensverteilung gemessen ist Chile eines der ungleichsten Länder der Welt, und es ist nicht zu erwarten, dass die neue Regierung etwa eine progressive Steuerreform einführen wird, um dem zu begegnen. Wenn also Piñera eine weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen und staatlicher Dienstleistungen in Gang setzen will, könnten breite Mobilisierungen entstehen, die den Weg für eine steigende Politisierung der Gesellschaft sowie eine Revitalisierung der Linken bahnen würden. Dieses Szenario wäre sehr negativ für die Regierung, weil sie weder im Abgeordnetenhaus noch im Senat eine Mehrheit hat, so dass sie auf Verhandlungen mit den Mitte-Links-Parteien angewiesen ist.

6. Schlussbetrachtungen

Anfang dieses Jahres hat ein Rechtsruck in Chile stattgefunden. Sebastián Piñera Echeñique hat die Präsidentschaftswahlen gewonnen und setzt damit der Hegemonie jenes Mitte-Links-Bündnisses, das die letzten 20 Jahre das Land regiert hat, ein Ende. Dieser Wandel ist Ausdruck sowohl der Konsolidierung einer liberalen Rechten als auch der Erschöpfung der *Concertación*. Steht Chile also vor dem Beginn einer neuen politischen Ära? Folgt man der Interpretation von Mario Vargas Llosa (2010), ist dies tatsächlich der Fall, da Piñera eine neue und liberale Rechte verkörpert, die gewaltige und nützliche Reformen – etwa die Modernisierung des staatlichen Kupferunternehmens CODELCO und des Bildungssystems – umsetzen wird. Aus dieser Sicht handelt es sich um ein vielversprechendes Projekt,

welches die Konsolidierung der chilenischen Demokratie weiter voran bringt und zugleich ein positives Gegenmodell zu dem Lateinamerika eines Hugo Chávez' verkörpert. Aber Vargas Llosa scheint vergessen zu haben, dass Piñera auch mit einer konservativen und teilweise autoritären Rechten regieren wird, die nicht nur das Pinochetregime verteidigt, sondern sich auch gegen eine weitere Demokratisierung des Landes stellt.

Aus einem anderen Blickwinkel heraus betrachtet, könnte der Beginn einer neuen politischen Ära für Chile nicht infolge des Aufstiegs einer neuen Rechten, sondern aufgrund einer möglichen Erneuerung der Mitte-Links-Parteien bevorstehen. Die *Concertación* könnte sich regenerieren, wenn sie neue Allianzen mit der Zivilgesellschaft und der Jugend vorantreibt. Auf diese Weise würde das Bündnis sowohl seine Wählerschaft vergrößern als auch eventuelle Mobilisierungen begünstigen, um Reformpläne zu stoppen (z.B. eine weitere Privatisierung des Bildungssystems) bzw. zu fördern (z.B. eine Verbesserung des Arbeitsrechts). Auch wenn es noch zu früh ist, um abschließend zu beurteilen, ob in Chile tatsächlich eine neue politische Ära begonnen hat, ist durch die Wahl Piñeras deutlich geworden: Die chilenische Politik ist nun nicht nur viel interessanter als zuvor, sondern auch offener für unterschiedliche Entwicklungen geworden.

Literatur

- Cavallo, Ascanio (1999), *Chile 1990-1998. La historia oculta de la transición*, Santiago de Chile: Grijalbo.
- Correa, Sofia (2005), *Con las riendas del poder: la derecha chilena en el siglo XX*, Santiago de Chile: Sudamericana.
- Inglehart, Ronald und Christian Welzel (2005), *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mair, Peter (2006), Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy, in: *New Left Review*, 42, 25-51.
- Pardo Escámez, Juan (2010), Descifrando la segunda vuelta, in: *La Tercera*, 24.01.2010.
- PNUD (2004), *Informe de Desarrollo Humano en Chile. Poder: ¿para qué y para quién?*, Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo.

PNUD (2009), *Informe de Desarrollo Humano en Chile. La manera de hacer las cosas*, Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo.

Siavelis, Peter M. (2009), Elite-Mass Congruence, Partidocracia and the Quality of Chilean Democracy, in: *Journal of Politics in Latin America*, 1, 3, 3-31, online: <www.jpla.org>.

Vargas Llosa, Mario (2010), El triunfo de Piñera, in: *El País*, 24.01.2010.

Internet-Quellen

- Centro de Estudios Públicos, online: <www.cepchile.cl>.
- Servicio Electoral, online: <www.servel.cl>; <www.elecciones.gov.cl>.
- Transparency International, online: <www.transparency.org>.
- World Values Survey, online: <www.worldvalues-survey.org>.

■ Der Autor

Cristóbal Rovira Kaltwasser studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Universidad de Chile und der Universität Heidelberg. Er hat für das chilenische Büro des United Nations Development Programme (UNDP) gearbeitet und seine Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen. Dank eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung ist er Post-Doctoral Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Momentan absolviert er einen Forschungsaufenthalt zum Thema „Populismus und Demokratie“ am Nuffield College der University of Oxford.

E-Mail: <c.rovira.k@wzb.eu>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des regionenübergreifenden Forschungsprojekts „Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten“ werden u.a. auch die Gewichtverschiebungen zwischen etablierten und aufstrebenden Mächten in Südamerika untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fischer, Karin (2007), Chile: Vom neoliberalen Pionier zum Vorzeigemodell für Wachstum mit sozialem Ausgleich?, in: *Lateinamerika Analysen*, 17, 2, 157-175.

Quiroga, Yesko (2008), Vom Vorbild zum Reformfall: Chile reformiert sein privates Rentenversicherungssystem, in: *Lateinamerika Analysen*, 20, 2, 181-203.

Ruderer, Stephan (2007), Vom „neuen Politikstil“ zum Krisenmanagement in Chile: Ein Jahr Bachelet, *GIGA Focus Lateinamerika*, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Siavelis, Peter M. (2009), Elite-Mass Congruence, Partidocracia and the Quality of Chilean Democracy, in: *Journal of Politics in Latin America*, 1, 3, 3-31, online: <www.jpla.org>.

Wehner, Leslie (2009), *Power, Governance, and Ideas in Chile's Free Trade Agreement Policy*, *GIGA Working Paper*, 102, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Wehner, Leslie (2009), *Más allá de lo económico: Los objetivos estratégicos de los TLCs de Chile y México*, *GIGA Working Paper*, 93, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Julia Kramer
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM